

**Antrag nach § 3 Abs. 1
der Geschäftsordnung des Rates**

05.12.2006



„Resolution: Kommunalwirtschaft
stärken – Zukunft der Städte sichern“

Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster

Bremer Str. 54
48155 Münster

Fon: 0251 / 8 99 58 10
Fax: 0251 / 8 99 58 15
gruene.ratsfraktion@muenster.de
www.gruene-muenster.de

Der Rat der Stadt Münster möge folgende Resolution an den Landtag
NRW beschließen:

Resolution

Kommunalwirtschaft stärken – Zukunft der Städte sichern

Der Rat der Stadt Münster fordert den Landtag NRW auf, bei der von den
Koalitionspartnern verabredeten Änderung der Gemeindeordnung dafür
Sorge zu tragen, dass

- a) die Kommunen öffentliche Aufgaben selbst wahrnehmen dürfen,
- b) kommunale Unternehmen weiterhin wettbewerbsfähig bleiben,
- c) kommunale Arbeitsplätze und die intensive Partnerschaft von
Kommunalwirtschaft und örtlichem Handwerk sowie dem Mittelstand
nicht gefährdet werden und
- d) kommunale Wohnungsunternehmen auch künftig bei der
Zukunftssicherung der Städte mitwirken können.

Begründung

CDU und FDP haben sich im Landtag NRW darauf verständigt, die
wirtschaftliche Betätigung der Städte und Gemeinden einzuschränken.
Kommunale Unternehmen sollen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben
nur noch dann tätig werden dürfen, wenn „ein dringender öffentlicher
Zweck die Betätigung erfordert und der öffentliche Zweck durch private
Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.“
Erlaubt wären den kommunalen Unternehmen danach nur noch
Tätigkeiten, die von keinem privaten Anbieter in vergleichbarer Form
erbracht werden können. Eine Weiterentwicklung bestehender Aktivitäten
z. B. der Stadtwerke Münster würde so verhindert, die Abdeckung von
Verlusten aus dem ÖPNV durch Gewinne aus dem Verkauf von Strom in
Frage gestellt.

Bei einer Umsetzung dieser Pläne werden nicht nur die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, nicht nur die Kunden und Nutzer der kommunalen Unternehmen, sondern auch ihre Geschäftspartner und Auftragnehmer in Handwerk und Dienstleistungsunternehmen in Stadt und Region zu den Verlierern zählen:

- a) Kommunale Unternehmen sind unverzichtbare Partner der Bürgerinnen und Bürger zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben im Bereich der Versorgung mit Energie und Wasser, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Wohnraumversorgung und der Entsorgung von Wasser und Abfällen. Das öffentliche Sparkassenwesen gewährleistet die Versorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie des Handwerks mit Krediten. Die kommunale Wirtschaft ist eine tragende Säule in der Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Kommunen. Dies darf nicht in Frage gestellt werden.
- b) Die Europäische Union hat das Recht der Kommunen anerkannt, die Energieerzeugung und Versorgung sowie den öffentlichen Personennahverkehr mit eigenen Unternehmen durchzuführen. Dies darf nicht durch eine Verschärfung des Gemeindewirtschaftsrechts unterlaufen werden.
- c) Kommunale Unternehmen sind in vielen Kommunen die größten Arbeitgeber und Steuerzahler. Sie stellen einen Großteil der Ausbildungsplätze zur Verfügung und geben so jungen Menschen eine erste Chance zum Einstieg in das Berufsleben. Die Kommunalwirtschaft ist außerdem wichtiger Partner des örtlichen Handwerks und des Mittelstands in NRW. Sie nimmt nicht selten die Rolle des Auftragsmotors für diese wahr. In intensiven Kooperationen mit dem örtlichen Handwerk und der mittelständischen Wirtschaft werden auf diese Weise Tausende von Arbeitsplätzen in den Kommunen und den Regionen gesichert.
- d) Kommunale Wohnungsunternehmen sichern in den Städten und Gemeinden die Versorgung der Bevölkerung mit preiswertem Wohnraum und nehmen wichtige Aufgaben im Bereich der Stadtentwicklung wahr. Angesichts des demographischen Wandels und des Anstiegs pflegebedürftiger Menschen sind kommunale Wohnungsunternehmen für die Schaffung generationengerechter und preiswerter Wohnungen unentbehrlich. Sie schaffen Urbanität in den Städten und Gemeinden und stellen sich ihrer sozialpolitischen Verantwortung für die Menschen in den Kommunen. Landesweit werden, in nicht unerheblichem Maße, Aufträge an das örtliche Handwerk und die mittelständische Wirtschaft vergeben.

gez. Wilhelm Breitenbach
gez. Helga Bennink
gez. Manfred Kehr
gez. Christof Hoffmann
gez. Hery Klas

gez. Maria Klein-Schmeink
gez. Jutta Möllers
gez. Jörn Möltgen
gez. Carsten Peters
gez. Tim Rohleder

gez. Ilse Schleef
gez. Claudia Scholz
gez. Dr. Rita Stein-Redent
gez. Brigitte von Schoenebeck